

Volks-Zeitung

Überausfrühesten Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 6 Spalten 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenbüros. Erfüllungsort: Halle. Erscheinung täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftsleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Draubausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Oestrichstraße 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Bezugspreise:
Für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 23.50 Mk., auswärts Zustellungsgeld. Derstellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Geschäfts-Zeitung eingetragen. Für unentgeltlich empfangenen Manuscripte wird keine Gewähr übernommen. Außerdem nur mit der Quellenangabe, Quelle-Zeitung genannt. Ferner der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtg. Nr. 1121 u. 7411, der Bezugs-Abtg. Nr. 11333

Nr. 306.

Halle, Sonnabend, den 3. Juli 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Die Finanznot.

In Spa und Brüssel muß hören, was Ohren hat zu hören. Die Finanznot des deutschen Reiches, die eine Folge der Niederlage und der barbarischen Bestimmungen des Friedensvertrages ist, ist am ersten Juli vom Reichsfinanzminister mit lucubrierender Genauigkeit dargestellt worden. Nicht weniger als 265 Milliarden Mark beträgt gegenwärtig die innere Gesamtschuld des deutschen Reiches. Für den Zinsendienst fast allein jetzt schon über 12 Milliarden Mark erforderlich. Jedoch ist das nur vorläufig, denn angesichts der Wirtschaftslage des Reiches ist ein weiteres Anwachsen der Reichsschuld unvermeidlich. Der ordentliche Haushalt gleicht sich mit 28 Milliarden aus. Dabei sind die Ausgaben weitestens ein sicherer Vorkurs, während die von den Einnahmen nicht zu legen ist. Die neuen Steuern werden nicht annähernd die errechneten Beträge, nicht einmal die Umsatzerlöse, die doch das Rückgrat des ganzen Systems ist. Insofern ist der ordentliche Haushalt nicht das eigentliche Spiegelbild der finanziellen Lage des Reiches. Wer dies sehen will, muß sich schon in den außerordentlichen Haushalt vertiefen. Er ist eigentlich nichts anderes, als die Aufsammlung des Defizits. Dies beträgt glattweg 26-27 Milliarden Mark, wozu in der Hauptsache die Verlebensausgaben mit 1 Milliarden Mark beitragen. Zum Ausgleich dieses Defizits hat das Reich nur ein Mittel, es muß Schulden machen. Aber wie es diese Schulden macht, das verhält sich gegenwärtig in der geordneten Finanzverwaltung. Es ist keine Deckung, wenn die Notenpresse immer wieder in Tätigkeit gesetzt wird. Wir haben beifällig bemerkt zur Zeit einen Notenumlauf von 65 Milliarden Mk. Er wird unvermeidlich bis zum Herbst auf 75 Milliarden Mark steigen, weil der neue Notendruck eben nichts anderes als eine Umwertung auf neues Papiergeld ist. In Spa und Brüssel muß gehört werden, daß wir ein Jahresdefizit von 27 Milliarden Mark haben. Es kann nicht einfach dadurch beseitigt werden, daß der Verband den Zinsendienst für die deutsche innere Schuld aufhebt, daß er Steuern und Abgaben mit Beschlag belegt. Das alles sind, wie immer wieder eindringlich wiederholt werden muß, nur notwendige Ausgaben, die die deutsche Wirtschaft an sich ziehen. Das ist nur die eine Seite der Sache. Die andere ist, daß wir auch zu unserer eigenen Rettung aus dieser Finanzmiserable herauskommen müssen. Die Mittel des Reiches sind nicht unerschöpflich. Sie sind einzig und allein an die Erträge der Wirtschaft gebunden. Alles Kapital ist tot, wenn es nicht durch Arbeit befruchtet wird. Es ist ferner, daß die deutsche Wirtschaftsmaschine wieder in Gang kommt, wo das die finanzielle Not wirtschaftlicher Prosperität des Verlebensvertrages eine Veränderung erfahren. Dann vermag Deutschland mit den Ergebnissen seiner Arbeit zu zahlen, die weitestens greifbare Werte vorstellten. Vorläufig sind wir noch nicht über den Berg. Wir stehen tatsächlich erst am Anfang aller Schwierigkeiten. Die Krise, die so oft vorausgesetzt wurde, ist schon da. Der Finanzminister hat Recht, wenn er auseinanderlegt, daß die finanzielle und wirtschaftliche Krise nicht nur ein Ergebnis der Umwälzung, sondern mehr noch des Krieges ist. Unsere Kriegsfinanzierung war unzulänglich, woran Dr. Helfferich ein gemessenes Teil Schuld trägt. Wir immer wieder werfen statt die Kriegsausgaben aus den Erträgen der Wirtschaft zu decken. Der Fehler ist gemacht. Nicht nur das lebende, sondern auch die kommenden Geschlechter werden daran tragen müssen.

Es handelt sich für uns darum, zu einer Steigerung der Erzeugung zu gelangen. Wir können nicht bei dem Verfallenden bleiben, durch Auftreten der Preise die mangelnde Erzeugung auszugleichen. Wofin das führt, zeigt das Defizit der Verlebensausgaben. Und auch die Wirtschaft selbst selbst heute unter der Preissteigerung, weil sie die Kaufkraft der Wägen langsam um ein vielfaches überhöht haben. Die Rede des Finanzministers läßt sich erst dann würdigen, wenn auf die Unruhen im Reich Rücksicht genommen wird. Sie sind nicht nur Schaumröschen, sie sind Wellenschläger der Krise, über deren Größe wir uns all-gemein keinen rechten Begriff machen. Das allein sind Zusammenhänge, die über die Grenze des Reiches hinauswirken. Selbst wenn in Spa die Vernunft steigt, was noch keineswegs feststeht, ist der Weg nicht frei und erst recht nicht ohne Dornen. Wir haben eigentlich nur noch einen Kapitalstock, unsere Arbeitskraft, und dieses darf nicht länger brach liegen, muß vielmehr rüstigste zur Rettung des Volkes und des Reiches ausgespielt werden.

Das Vertrauensvotum für die Regierung.

Berlin, 2. Juli. (Eig. Meldung.) Das Vertrauensvotum, welches am Schluß der politischen Debatte über das Regierungsprogramm von den Reichsparteien zur Abstimmung gestellt wurde, hatte nach langen Verhandlungen folgenden Wortlaut erhalten:

Der Reichstag hat die Erklärungen der Reichsregierung am 28. Juni zur Kenntnis genommen. Er erwartet von der Regierung, daß sie diesen Erklärungen entsprechend die Politik des Reiches, insbesondere auch bei den bevorstehenden Verhandlungen in Spa führen wird.

Unterzeichnet war dieser Antrag von der Demokratischen Partei, dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei. Dieses Vertrauensvotum ist wie schon gemeldet, mit 253 gegen 82 Stimmen bei 54 Stimmenthaltungen angenommen worden.

Die Tagung des Reichstages.

Berlin, 2. Juli. (Eig. Meldung.) Der Reichstag hat beschlossen, daß heute, Sonnabend, von 11 bis 4 Uhr getagt werden soll. Zur Erledigung sollen kommen: Der Vorbericht der Reichsregierung über den achtmonatigen Krieg vom 1. April, der dringliche Antrag auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und die Interpellationen über Lebensmittelfürsorge und Brotversorgung. Am nächsten Montag will sich der Reichstag mit dem Dänenkongreß beschäftigen, das nach dem Wunsch des Reichstages im Plenum ohne lange Erörterung verabschiedet werden soll. Wann der Reichstag in die Ferien geht, ist einstweilen noch vollständig ungewiß. Es besteht die Aussicht, den großen Notetat, der gegenwärtig noch dem Reichstag vorliegt, und teilweise von dort an den Reichstag kommt, im Laufe der nächsten Woche ebenfalls fruchtlos sofort im Reichshaushaltsausschuß und im Plenum zu verabschieden. Die Unabhängigen haben gegen die Form der Erledigung Einspruch erhoben und wünschen, daß der Notetat im Zusammenhang behandelt wird. In diesem Falle würde der Reichstag noch mehrere Wochen tagen müssen. Die Unabhängigen werden sich heute schlüssig machen, ob sie ihren Widerspruch aufgeben wollen oder nicht; mit einer Tagung die ganze nächste Woche über ist nach Lage der Dinge sicherlich zu rechnen.

Die Wiedererrichtung des Untersuchungs-Ausschusses.

Berlin, 2. Juli. Der Senatorenrat des Reichstages behandelte die Frage der Wiedererrichtung des Untersuchungs-Ausschusses. Die Mehrheit der Deutschen Volkspartei war gegen den Untersuchungs-Ausschuß überhaupt, während die Deutschnationale Volkspartei ihn in anderer Form wünscht. Einmalig ist der Reichstag in dieser Weise wieder aufgeben soll. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei Abg. Petersen wurde gebeten, wieder den Vorschlag zu übernehmen. Der demokratische Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung des Geschäftsgebarens der Kriegsgesellschaften ist bereits in der morgigen Sitzung mit den übrigen Interpellationen zur Erledigung kommen. Seine Annahme ist so gut wie sicher.

Die Möglichkeit einer Revision des Friedensvertrages.

Kopenhagen, 2. Juli. (Eigene Meldung.) Der meist gut unterrichtete Pariser Berichterstatter der „Politiken“ behauptet, daß von England, Italien und den Vereinigten Staaten Verträge gemacht werden sollen, eine Revision des Verlebensvertrages herbeizuführen. Ferner vertritt in Pariser unterrichteten Kreisen, daß Deutschland die Erklärungen bekommen werde, eine jegliche Zwangsmaßnahme zu behalten, denn weder England, Italien noch Japan seien dagegen. Frankreich wolle dagegen auf der Herabminderung des deutschen Heeres in Übereinstimmung mit dem Friedensvertrag bestehen. An amerikanischen Kreisen sei man geneigt, für eine Abänderung der finanziellen Bestimmungen des Friedensvertrages einzutreten, da die amerikanischen Finanzbehörden es für ausgeschlossen hielten, daß Deutschland diese Bedingungen erfüllen könne und werde. Willard wolle jedoch in Brüssel darauf aufmerksam machen, daß er nur unter der Bedingung daran eingehe, mit den Deutschen in Spa zusammenzutreffen, daß zuerst die volle Einigkeit unter den Verbündeten hergestellt werde. Andere Kreise des Friedensvertrages, die einer Revision unterliegen werden dürften, werden, wie von unterrichteter Seite versichert wird, folgende sein: 1. Es muß eine bestimmte Grenze festgesetzt werden, welche die Anzahl der Deutschen gemacht werden. Der auf Frankreich entfallende Teil der Kriegsschuldung darf nicht geringer als 50 Milliarden sein. 2. Die territorialen Bestimmungen des Vertrages dürfen in keiner Weise verändert werden. 3. Man muß sich das Recht zur Anwendung von Nachmitteln, die eine eventuelle Erweiterung der Besetzung in sich schließen, vorbehalten, um Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen.

Lebhafte Auseinandersetzungen in Brüssel.

Wie der „Politiken“ aus Paris erfährt, wird es in der Brüsseler Konferenz der Entente zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen, da besonders von amerikanischer Seite kein Zweifel darüber gelassen wurde, daß sowohl England wie Frankreich auf daran täten, einem Vorschlag auf Revision des Friedensvertrages beizutreten. Danach würde Deutschland das Recht bekommen, seine letzte Forderung zu behalten. Dafür würden außer England und Italien auch Japan stimmen, so daß Frankreich in der Minderheit bleibe. In amerikanischen Kreisen soll man auch geneigt sein, eine Revision der finanziellen Bestimmungen des Vertrages vorzuschlagen. Amerikanische Finanzleute betrachten es als ausgeschlossen, daß Deutschland die Bestimmungen erfüllen kann.

Der englische Botschafter bei Ebert.

Berlin, 2. Juli. Der Reichspräsident empfing heute den von unternommen großbritannischen Botschafter Lord Aberdeen zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens. Bei der Unterredung hielt der Botschafter eine

Ansprache, in der er u. a. sagte: Die Weltkrisis kann erfolgreich nur durch allgemeine Zusammenarbeit überwinden werden. Die wesentliche Grundlage dieser Zusammenarbeit ist für uns die feste und herliche Erhaltung gegenwärtiger Bündnisse und die genaue Ausführung der Verpflichtungen des Friedensvertrages. Wirtschaftlicher Wiederaufbau ist das gebietstehtige Erfordernis der Welt, und dieses kann nur erfüllt werden in einer Atmosphäre des Vertrauens. Mit Rücksichtung meiner Mission werden ich stets besten eingebend sein, daß Friede geschlossen werden ist.

Der Reichspräsident erwiderte u. a.: Die deutsche Regierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem ernsten Entschluß, den übernommenen Verpflichtungen unter Aufbietung aller Kraft bis an die Grenzen des Möglichen gerecht zu werden. Wir wünschen aufrichtig, daß es dem guten Willen auf beiden Seiten gelingen möge, die teilweise zurückgelassene Atmosphäre des Vertrauens überall zu zerstreuen und durch Vertrauen und wahre Friedensstimmung zum Wohle aller Völker zu erlegen.

Entschuldigung Deutschlands bei General Nollet.

Berlin, 2. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Bekanntlich sind vor einiger Zeit in Vrenau, Döberitz und Bremen Mitglieder der Interalliierten Ueberwachungs-Ausschüsse befehligt und zum Teil misshandelt worden. Mit Rücksicht darauf, daß bei diesen Vorgängen auch Angehörige der Reichswehr eine Rolle gespielt haben, hat der Reichswehrminister Dr. Geßler zum Zwecke der endgültigen Beilegung dieser Zwischenfälle dem Vorsitzenden der Interalliierten Ueberwachungs-Ausschüsse General Nollet, auf dessen Beschwerde am 1. B. durch einen höheren Offizier ein Entschuldigungsschreiben überreichen lassen. Gleichzeitig hat das Auswärtige Amt dem General Nollet und dem Vorsitzenden des Interalliierten Marine-Ueberwachungs-Ausschusses, Admiral Charlton, schriftlich im Namen des Senats zu Bremen dessen lebhaftes Bedauern über den Anteil zum Ausdruck gebracht, den die Justizbehörden von Bremen an den Bremer Zwischenfällen gehabt hatte. Diese Erledigung der Angelegenheit gibt der deutschen Regierung erneut Anlaß, aus erneuter darauf hinzuweisen, in welcher peinliche Lage die Regierung immer wieder auf neue durch diejenigen gebracht wird, die sich ohne Ueberlegung der Folgen zu wörtlichen oder tätlichen Angriffen gegen die in Ausübung ihres Dienstes im Lande weilenden Mitglieder der Interalliierten Ueberwachungs-Ausschüsse hinreißen lassen. Jeder der solche Handlungen begeht, sollte sich dessen bewußt sein, daß er sich nicht nur persönlich strafbar macht, sondern auch gegen die nationale Würde verstoßt und in leichtfertiger Weise wichtige Interessen des Vaterlandes schädigt.

Wie die Franzosen das Saargebiet reorganisieren.

Saarbrücken, 1. Juli. Gestern nachmittag fand im hiesigen Kreishaufe unter Vorsitz des Präsidenten der Regierungskommission, Kauff, im Beisein der übrigen Regierungsmitglieder, einer Delegation des Saarbrücker Knappschaftsvereins, der Bergwerksdirektion und je eines Vertreters des Deutschen Bergarbeiterverbandes und des Christlichen Gewerkevereins eine Sitzung der Regierungskommission statt, um die Maßnahmen zu prüfen, wie im Zukunft der Saarbrücker Knappschaftsvereine nach dem Friedensvertrage von Versailles sflergestellt werden soll. Laut „Neuem Saarbrücker Kurier“ wies zu Beginn der Sitzung Präsident Kauff darauf hin, daß die Regierungskommission von vornherein jede Erörterung über ihre Befugnisse sowie über die grundsätzlichen Fragen der Einsetzung des Oberbergamtes Saarbrücken ausschloß. Soeben erklärte der Präsident Kauff, daß das Oberbergamt Saarbrücken vollständig das Oberbergamt Bonn ersetzen solle mit denselben rechtlichen Befugnissen. Auf eine weitere Äußerung des Präsidenten, daß die Regierungskommission gemittelt sei, vornehmlich die Interessen der Arbeiter zu fördern, rief der Vertreter des Christlichen Gewerkevereins, Karius, dem Präsidenten zu: Wir haben ein Recht zu fragen, wie die Regierung dazu kam, das Oberbergamt einzurichten, und mit welchen Machtbefugnissen. Wir beurteilen die Regierungskommission nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten, und da haben wir keine Ursache, der Regierung Vertrauen entgegenzubringen. Präsident Kauff hob hierauf ohne weitere Verhandlungen die Sitzung auf.

Streiks und Unruhen im Reich.

Berlin, 2. Juli. Wie von Regierungsseite mitgeteilt wird, ist im pommerischen Landarbeiterstreik keine wesentliche Veränderung zu verzeichnen. Die gestrigen Verhandlungen in Belgard sind ergebnislos verlaufen, sollen aber wieder aufgenommen werden. In der nächsten Woche sollen auch in Bittow und in Eschleben Verhandlungen eingeleitet werden.

Die Lebensmittelunruhen im Reich haben sich nach dem heute vorliegenden Mitteilungen nichts wiederholt. In Lübeck herrscht ebenso Ruhe wie in Worms, wo französische Patrouillen die Straßen durchziehen. Lote und Vermundts hat es in Worms nicht gegeben.

In Darmstadt verdundeten Kommunisten, denen sich zahlreiche andere Elemente angeschlossen hatten, mehrere kommunistische Führer zu befreien, die im Polizeigebäude interniert waren. Die Polizeigewalt

Man beachte das nicht in unübersehbarer Weise ist bei der Fortsetzung der Verhandlungen in Spa...

In der hiesigen Volkstammer, in der gestern der Etat der Sicherheitspolizei beraten wurde, sprach man sich mit aller Schärfe für die Beibehaltung einer Reichswehr von mindestens 200 000 Mann sowie Beibehaltung der Einwohner- und Sicherheitswehr in der jetzigen Form aus.

Ausland.

Die deutsche „Studienkommission“ nach Sowjet-Russland.
Berlin, 2. Juli. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat beschlossen, eine aus drei Mitgliedern bestehende Studienkommission nach Sowjet-Russland zu entsenden, um Gewissheit über die russischen Zustände zu erhalten.

Hoher Sieg der türkischen Nationalisten über die Griechen?
London, 2. Juli. „Daily Express“ berichtet aus Konstantinopel vom 30. 6.: Der Sultan erhielt von Brussa die Nachricht von einem Siege der Nationalisten, die Serghama eingenommen hätten. Die Griechen hätten mehrere Tausend Mann verloren. Die Nachricht ist noch nicht bestätigt.

Halle und Umgebung.

Halle, den 3. Juli 1920.

Die städtischen Beamten für Oberbürgermeister Rode.

In der am 1. Juli tagenden Mitteldeutschen Versammlung des Verband der Kommunalbeamten und Kommunalstellenvertreter des Ostpreussens (V. K. O.) wurde die durch die Umwandlung in eine Gewerkschaft bedingten neuen Satzungen beraten und angenommen.

Lebhaftes Erregnis löste die Tatsache aus, daß die Besoldungsform für die hiesigen Beamten und Angestellten im Wesentlichen die in vielen anderen Städten noch nicht angenommen ist. Das von Herrn Oberbürgermeister Dr. Rode eingereichte Mitteldeutsches Gesetz der Veranschaulichung, nachstehende Resolution an die Stadtorbitorbenerversammlung zu richten:

Die in der Ortsrat. Halle des Verbandes der Kommunalbeamten und Angestellten Preussens organisierte Beamtenchaft würde dem Mittelritt des Herrn Oberbürgermeisters aus kommunalwirtschaftlichen Gründen außerordentlich bedeuten. Sie spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die Stadtorbitorbenerversammlung Mittel und Wege finden wird, den Herrn Oberbürgermeister im Amt zu erhalten.

Selbst untern Altkolonien Stadtkapitel. Am Dienstag, den 6. Juli, nahm 7/8 Uhr, gibt er in der Markstraße wieder eine musikalische Fester. Der jetzige Leiter ist in Halle bestehende Chor, mit seinem glänzenden Stimmaterial, kämpft unter seinem verdienstvollen, weil über Halle hinaus als Kontrabaß, Chordirigent und Pianist bekannten Direktor Karl Schütz, unter einer verweifelten Kampf um seine Verdienste. Er ist der letzte Mann haben seine Lebensdauer aus dieser Gegend, jedoch es schmaler Hilfe bedarf, um die alte, liebe Gegend, auf den Straßen Dalles vor dem Verschwinden zu retten. Ehrlich, wie es zu beherren, wenn der Hallenser-Orchestra wie der Hallescher mit seinem Kommandeur — auch seinem Stadtkapitel — zu Ehren bestehen wollte. Zum mindesten dadurch, daß die Halleser selber besetzt werden wie bisher! Karrieren bei Berlin — am Kontrabaß: an der Spitze.

Berein heimattreuer deutscher Diktator. Die nächste Monatsversammlung findet am Montag, abends 8 Uhr, im „Schützhaus“ statt. 8. Juli.

Die Mitglieder des Verbandes hallescher Raststätten nehmen bei der allgemeinen Ortskonferenz am Montag, den 5. Juli, ihre alljährliche Tätigkeit auf.

Lebensmittel-Kalender.

Mehlmittelverteilung in der Woche vom 5. bis 10. Juli. Gemäß Bundesratsverordnung vom 28. Sept./4. Nov. 1915 wird auf Warenkontingente an jede eintragsfähige Person abgesetzt: 1/4 Pfund Eierfleisch zum Preise von 2,20 Mk. für das Pfund und 1/2 Pfund Gänsefleisch — Waffeln, das Pfund zu 0,80 Mk. über Selbstkostenpreis, das Pfund zu 1,02 Mk. gegen Abrechnung der Marke 524 des Warenbesitzes Nr. 30.

Städtischer Verkauf von Reis in der Lebensmittelhalle. Am Montag, den 5. Juli, Ausstellen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelkarte mit den Nummern 58 001 bis 61 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 61 501 bis 65 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Es können an jede Person eines Haushaltes 70 Gramm zum Preise von 80 Pf. abgegeben werden. Der Lebensmittelkarte ist vorzulegen. Abgesondertes Geld ist bereit zu halten.

Wachposten. Es wird darauf hingewiesen, daß Wachposten in den Kleinhandelsbetrieben bis auf Widerruf freibändig zum Verkauf gelangen können. Diejenigen Kleinhandlärer, die mit ihren Betrieben geräumt haben, können sich einen Wachposten im Stadterwerbungsamt, Marktplatz 22, I. Obergeschoss, 2. Stockwerk, in den Vormittagsstunden von 8 bis 12 Uhr ausstellen lassen.

Städtischer Verkauf von f. W. M. W. (Trocken) und Reis in der Lebensmittelhalle. Am Montag, den 5. Juli, Ausstellen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelkarte mit den Nummern 1 bis 5000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 5001 bis 9000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelkarten können an jede Person eines Haushaltes eine halbe Pfund Reis zum Preise von 1,00 Mk. und 1/2 Pfund Reis zum Preise von 1,00 Mk. für das halbe Pfund abgegeben werden. Hauszahl mit Reis umzubringen Lebensmittelkarte erhalten das 1/2 Pfund Reis zum Preise von 2,50 Mk. für das halbe Pfund. Abgesondertes Geld ist bereit zu halten.

Die Ausgabe der Zuckermarken für den Monat Juli findet in der Woche vom 5. bis 10. Juli ausschließlich mit der Ausgabe der Brotmarken in den Hauptämtern statt. Die Zuckermarken sind bei Empfang nachzusuchen und in der betreffenden Woche abzugeben. Eine Nachlieferung der in der voranzogenen Zeit nicht entnommenen Marken kann nicht stattfinden. Es wird darauf hingewiesen, daß die Zuckermarken mit dem Gewichtsinhalt von 500 Gramm festgesetzt. Bei der Befreiung der Lebensmittelkarten für Binnenfahrer mit Zucker ist zu beachten, daß die halbe Wochenmenge ab 1. Juli auf 30 Gramm festgesetzt worden ist.

Die Inhaber von Waren- und Kreditkarten sowie Scheckscheineverpflichtungen werden hierdurch aufgefordert, die für den Monat Juli gültigen Zuckermarken und zwar die Gewichtsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A bis J am Montag, den 5. Juli, diejenigen mit den Anfangsbuchstaben K bis R am Mittwoch, den 7. Juli und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben S bis Z am Donnerstag, den 8. Juli, vormittags von 8 bis 12 1/2 Uhr im Stadterwerbungsamt, Marktplatz 22, III. Obergeschoss, Zimmer Nr. 41 in Empfang zu nehmen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Zuckermarken den Vermerk „Betriebsmarkt“ und „Nicht übertragbar“ tragen und auf der Rückseite mit dem

Gemeindevermerk versehen sind. Am Dienstag, den 6. Juli, findet die Ausgabe der Zuckermarken nicht statt. Ein Ausweis ist mitzubringen. Die Ausgabe der Zuckermarken und Beweismittel für Sacharin für Galvanisierungen erfolgt später. Halle, den 3. Juli. Der Magistrat.

Sport der „Saale-Zeitung“.

Rennen zu Reuß.

Weidenb.-Rennen. 16 000 Mk. 1200 Meter. 1. Margrit (Schäfer), 2. Remlin (Cerkow), 3. Wierberg (Brown). Tot: 78:10, W. 21, 33, 15:10. Ferner liefen: Veinann, Geilner, Odriga, Tolon, Sches.

Bunsen-Werz.-Saddrennen. 16 000 Mk. 3000 Meter. 1. W. 27:10, W. 13, 14:10. Ferner liefen: Atlas.

Preis von Dürren. 20 000 Mk. 1600 Meter. 1. Sandrubal, 2. Egenlotz, 3. Kallen. Tot: 167:10, W. 31, 30:10. Ferner liefen: Nils, Berzemeiter, Gschieder.

Dehlerntor-Ausgleich, Saddrennen. 17 000 Mk. 3200 Meter. 1. Verles (Brown), 2. Darupe (Gaeblie), 2. Liefen.

Novellum-Saddrennen. 24 000 Mk. 3600 Meter. 1. Nelson (Zarraz), 2. Coral (Weg), 3. Apollinaris (Kranzschick). Tot: 29:10, W. 15, 21:10. Ferner liefen: Kommandeur, Oberst.-Ausgleich, 20 000 Mk. 2000 Meter. 1. Rias (Blume), 2. Verleiter (Schäfer), 3. Rauschbü (Gau). Tot: 33:10, W. 16, 14:10. Ferner liefen: Wolfram, Calari, Kofel, Costerer, Ritter.

Reinholdberg-Saddrennen. 17 000 Mk. 4000 Meter. 1. Triton (Johnson), 2. Curier (Kieper), 3. Waa es (Zweilmann). Tot: 14:10.

Wurmisch-Halle gewinnt den Herausforderungskampf. Dem Herausforderungskampf der Deutscher Wurmisch im. des gegen den Magdeburger Wurmisch. Ergebnis: Rennbahn in Wurmisch, genannt Wurmisch im Gelantergebnis an drei Rängen je 10 Kilometer mit 550 Meter Vorprung.

Der Stand der Meisterschaftsspiele der deutschen Fußball-verbände wird nach Schluß der Saison nach den amtlichen Mitteilungen der Verbände wie folgt bekanntgegeben: Norddeutschland: 1. Arminia-Hannover, 2. Borussia-Darmstadt, 3. Westdeutschland: 1. VfL Borussia Mönchengladbach, 2. Kölner Ballspiel-Club, 3. Süddeutschland: 1. FC Bayern München, 2. VfL Eintracht Frankfurt, 3. Mitteldeutschland: 1. VfL Eintracht Leipzig, 2. Bader-Salle, 3. Brandenburg: 1. Union-Berlin, 2. Victoria-Brandenburg, 3. Ostpreußen-Breslau, 4. Victoria-Brandenburg, 5. Ostpreußen-Breslau, 6. Borussia-Darmstadt.

Die deutschen Stammschichten werden jetzt für den 1. und 2. August auf der Auen-Allee in Halle zu einem aussergewöhnlichen Ausstrahl kommen die Meisterschaft im Einzel- und Doppel. Am Sonntag werden die Meisterschaftswettbewerbe von 21 weiteren Konföderationen für Damen und Herren.

Provinzial-Nachrichten.

w. Nachterricht, 30. Juni. (Straßenräuber.) Seit fünfjähriger Zeit ist es das dritte Mal, daß Straßenräuber Fahrzeuge und deren Fahrer in Halle in Halle angegriffen, überfallen und beraubt. Gegen 3 Uhr morgens waren unbekannt zwei junge Räuber auf den Wagen eines Hallescher Gefährten gefahren und forderten unter Bedrohung mit einem Revolver diesen auf, in den Wagen zu kommen. Sie ließen ihn einen Zettel vor, auf dem mit roter Tinte geschrieben war, daß jeder, der den Fahrer dieses von der roten Armee kommenden Zettels überhand liefert, handstrichlich erwischt werden könnte. Dem Richter, dem man die Augen verbunden hatte, nahm man die Geldbörse ab und Anweisung, das Führer in das Lager der roten Armee zu schaffen. Aus der Gegend sprangen die beiden Räuber ab und verschwand im Getöse.

27. Magdeburg, 30. Juni. (Der neue Kreisrat.) Der Kreisrat der Provinz Magdeburg hat am 28. Juni in der Reichshalle eine außerordentliche Vertreterversammlung ab, in der man sich eingehend mit den Wünschen und Forderungen der Land- und Kleinrentner für die weitere Ausgestaltung des jetzt veröffentlichten Lehrerbesoldungsgesetzes beschäftigte. Die Vertreterversammlung erhob einmütig Protest gegen die drohende Zurückführung der Lehrer an einfalligen und weniger geliebten Säulen und appelliert an die politischen Parteien, sich der ihnen jetzt übertragenden Landeshalle warm anzunehmen und bittet, jede Hintertreibung derselben im Interesse der Landbevölkerung mit allen Kräften verhindern zu wollen. Insbesondere verlangt die Vertreterversammlung des neuen Preussischen Lehrervereins bei Einführung der Landeshaushalts, daß die von den Gemeinden aufzubringenden Mittel nach dem Maßstab ihrer Steuerkraft in die Landeshaushalts abgeführt werden, da nur auf diesem Wege eine glückliche Lösung für die Lösung der gesamten Volksschule gegeben werden könnte.

28. Eisenach, 28. Juni. (Tagung der Betriebskrankenrenten.) Der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenrenten (Eisen) veranstaltete gestern und heute ihre Tagung. Die Versammlung erklärte sich für die unbeschränkte Beibehaltung der Betriebskrankenrenten bei der in Aussicht genommenen Reform der Reichsversicherung. In Hinblick auf den Streit mit den Ärzten wurde festgestellt, daß die Betriebskrankenrenten herabsetzen die Vergütung erheblich zu erhöhen, daß die Kräfte jedoch in Wahrung ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Selbstverwaltung die allgemeine Einführung der freien Arztwahl nicht zugehen können. Prof. Dr. Stenning-Darmstadt zeigte in eingehendem Vortrage, daß die Krankenrenten in umfassender Weise bei der allgemeinen Volksgesundheitspflege über den Rahmen ihrer bisherigen Leistungen hinaus mitwirken können.

Handel, Gewerbe und Verkehr. **Wahl des deutsch-amerikanischen Schiffsahrtskommissars.** Generaldirektor Dr. Cuno und Direktor Sulzemann sind von New York nach Hamburg zurückgekehrt, wo sie das Abkommen mit der American Ship and Commerce Company, in der die Schiffsahrtsgesellschaft der kontrollierenden Einfluss besitzt, am 28. Juni abschließen. Dieses Abkommen sieht die Verwaltung der Hamburg-Amerika-Linie in Ermächtigung der bisherigen Mitglieder, die Schaffung einer Interessengemeinschaft vor, auf gemeinschaftlichen Wiederaufnahme des Dienstes auf den früheren Linien der Hamburg-Amerika-Linie durch die beiden Vertragsparteien und die Wahrung von jeder Partei der gemeinsamen Schiffsahrt bis zu 50 Prozent. Das Abkommen, das auf der Basis völliger Gleichberechtigung aufgebaut ist, wagt im vollen Umfange die Selbständigkeit der Kontrahenten, so daß die deutsche Reederei nach den Bestimmungen des Vertrages ihre Schiffe unter deutscher Flagge fahren können.

Gewerblicher Schutz im Auslande. In der in Magdeburg abgehaltenen Gewerkschaftsversammlung wurde der Vorstoß des Gewerkschaftsleiters, Kaufmann Gerbard Korte

Magdeburg, in Ermächtigung des Geschäftsbereiches aus, daß, da auch für die nächste Zeit noch nicht mit genügender Kostenleistung zu rechnen sein wird, die Arbeitervereine weiter zahlen müssen und man sich vorläufig auf die Inhabhaltung der Anlagen beschränken müsse. Der Geschäftsbereich der Gewerkschaft, insbesondere für den Bereich der Arbeitervereine, ist zunächst durch Realisierung der Forderungen an Kräfteanstalten und Schenkungen gedeckt werden, wobei mit einer Einziehung von Teilbeiträgen der befristeten 3 Mill. Mk. Zusage, von der 1/2 Mill. Mk. noch nicht einbehalten wird, vorläufig noch nicht zu rechnen ist. **Gewerbliche Selbstverwaltung.** In den Verträgen. Die Gewerkschaft, welche mit einem Kapital von 300 000 Mk. im vorigen Jahre gegründet wurde und dieses bald auf 10 Mill. Mk. erhöht hatte, erstreckt im ersten Geschäftsjahr einen Reinergebnis von 127 974 Mk. und verteilt 5 Prozent Dividende. Reinergebnis in den nächsten Jahren wird mit den bestehenden Verträgen in Zusammenhang mit dem Direktorium von der Hamburg-Amerika-Linie, die in erheblichem Maße an der Gesellschaft Interesse genommen hat.

Verwaltungsamtens-Gebäude von Herrn v. Bitter H. G. Waten bei Leipzig. Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte die Erlösung des Grundpfandes um 3/4 auf 6.5 Mill. Mk. Die neuen Aktien, die für 1920 abendendberechtigt sind werden der Commerz- und Disconto-Bank, Berlin, zum Kurse von 120 Prozent mit der Verpflichtung überlassen, sie den alten Anteilnehmern zum Kurse von 127 Prozent im Verhältnis von 1:1 anzubieten. Die Kapitalerhöhung wird mit den bestehenden Verträgen genehmigt. Der Geschäftsbereich ist unverändert. Es werden die noch vorliegenden Aufträge aufgearbeitet. Ueber die Aussichten konnten keine Angaben gemacht werden.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung“.

Nach keine Einigung in Brüssel.

Brüssel, 3. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Verhandlungen der Alliierten für die Konferenz von Spa haben am Freitag eine Einigung nicht herbeigeführt. Italien bestand auf seiner Donnerstag im Hotel Astoria begründeten Forderung von 20 Prozent der deutschen Entschädigung. England bot einen viel geringeren Anteil und erinnerte an die drei Milliarden, die Österreich an Italien in Naturalerzeugnissen abgeben habe und die von reichhaltigen in die gemeinsame Kasse hätten fließen müssen. Rumänien seinerseits verlangt Entschädigungen für seine während des Krieges erlittenen Schäden und darüber hinaus auch für die Zeit vom März bis November 1918, in der es von den Preussischen Besatzern in Deutschland lag. Diese letzte Forderung verwarf die Diskussion ebenso wie das Begehren auf Entschädigung für die zu Beginn des Krieges von den Alliierten gekauften Petroleumquellen, wofür Rumänien formelle Versprechungen in London und Paris gemacht worden seien. Angesichts dieser großen Schwierigkeiten ist es wahrscheinlich, daß in Brüssel und Spa mehr der Gesamtbeitrag der Entschädigung als ihre Verteilung behandelt werden wird. Auch die Freitagmorgenabstimmung, die zwischen Wilerand, Lord George und dem belgischen Ministerpräsidenten im letzten Augenblick beschlossen wurde, hatte die Frage der deutschen Entschädigung zum Gegenstand. In nachgehenden Kreisen nimmt man an, daß die Forderung der Alliierten in England und dem belgischen Ministerpräsidenten in dieser Frage ein Kompromiß vorgelegen werden, das, wenn es angenommen wird, es ermöglichen würde, die Verbindlichkeiten unter sämtlichen Alliierten zu verwirklichen. Nach diesem Kompromiß hätte Italien seine Forderungen herabzusetzen, das würden ihm zum Ausgleich auf anderer Seite finanzielle und wirtschaftliche Erleichterungen gewährt werden.

Paris, 3. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Eine zweite Sitzung der Alliiertenvertreter in Brüssel fand am Freitag abend gegen 5 Uhr statt. Minister Verloren, über das Ergebnis der Sitzung im Hotel Astoria befragt, erklärte dem „Temps“ zufolge: „Wir sind in der Frage der Verteilung der deutschen Entschädigung nicht sehr weit gekommen, weil wir die einem jeden Staate verursachten Schäden zu schätzen hatten. So kamen wir dazu, den Anteil des einen oder anderen Staates an der Entschädigung, die Bulgarien zu leisten hat, sowie den Anteil festzusetzen, die die befreiten überseeischen Gebiete zu dieser Entschädigung beizubringen haben. Wir müssen außerdem prüfen, welcher Anteil einem jeden Lande an den von Deutschland zu leistenden Entschädigungen zukommen soll und welches die Beiträge für die Wiedergutmachung sind, auf die wir Anspruch haben. Weiter wird zu prüfen sein, in welcher Form sie zur Auszahlung gelangen sollen.“

Italien und Deutschland.

Berlin, 3. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Ein führendes Mitglied der italienischen Volkspartei, das zur Ausprobierung und Fühlungnahme mit den ähnlich gerichteten Parteien der europäischen Staaten auf einer Rundreise begriffen ist und wertvolle Beziehungen zu den in Frage kommenden Gruppen Hollands, Belgiens und Frankreichs angeknüpft hat, weil zuerst in Berlin und heute hier Untersuchungen mit führenden politischen und parlamentarischen Persönlichkeiten. Unter anderem wurde er vom Reichstagsleiter empfangen, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Grundzüge der italienischen Volkspartei und die wachsenden Interessen des italienischen Volkes bereits in Spa in der Verfolgung einer Politik zur Geltung kommen würden, die dem deutschen Volke den Wiederaufbau seiner Kräfte und die fremde Mitarbeit an den gemeinsamen Aufgaben Europas ermöglichte. Der italienische Abgeordnete betonte in diesem Zusammenhang, daß seine Partei vom Tage ihrer Gründung an eine Revision des Versailler Vertrages im Sinne der Gerechtigkeit und eines dauernden Friedens programmatisch verlangt habe.

Schiffsverkehr auf der Saale.

Mitteilung von der Reederei der Saale-Schiffahrt, Akt.-Ges., Halle a. S., Angenommen am 2. Juli 1920.

Schiff Nr. 1967, 2, S. Weder mit Schiffsleute von Hamburg, Schiffskapitän Riemberg mit Schiffsrat von Hamburg und Weder.

Wasserhand.

Wasserhand der Schleiferei Trothe am 2. 7. 1.46 am 3. 7. 1.50 m

Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G. Filiale Poststr. 12, Fernspr. 1382, 1383, 1692. Ausführung aller bank. Depoitenkassen Rollstrasse 133, Fernspr. 6189. Auszahlung aller bank. Depoitenkassen Wilmstrasse 1, Fernspr. 6122. **Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G.**

